

PRESSEMITTEILUNG

Pflegekrise: Gesundheitsversorgung sichern durch Bildung!

DBfK diskutiert mit Abgeordneten über Lösungen

Berlin, 01.02.2023

Am 31. Januar 2023 diskutierten die Präsidentin des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK), Prof. Christel Bienstein, Prof. Annette Grüters-Kieslich, Charité – Universitätsmedizin Berlin und Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, sowie Dr. Bernadette Klapper, Bundesgeschäftsführerin des DBfK, mit Verantwortlichen aus Bundestag und Gesundheitsministerium über die Zukunft der Gesundheitsversorgung und Lösungsansätze, um der Pflegekrise entgegenzutreten.

„In Deutschland fehlen schon jetzt mindestens 100.000 Pflegenden und der Mangel wird sich bis 2030 voraussichtlich noch verdoppeln“, warnte DBfK-Präsidentin Christel Bienstein. „Die Pflegekrise ist bereits Realität in allen pflegerischen Bereichen. Um die Versorgung zu sichern, müssen wir sie neu denken und zwar mit mehr hochschulisch ausgebildeten Pflegefachpersonen. Investitionen in Pflegebildung sind ein Muss auf diesem Weg.“

Annette Grüters-Kieslich unterstrich, dass die hochschulische Pflegebildung ein Schlüssel zur Lösung des Problems sei: „Wir benötigen dringend einen nationalen Masterplan für die Pflege und damit für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Der Personalmangel in den Pflegeberufen führt schon heute zu quantitativen und qualitativen Versorgungslücken. Im internationalen Vergleich sehen wir, dass insbesondere hochschulisch ausgebildete Pflegefachpersonen eine tragende Rolle auch in der patientennahen Versorgung übernehmen.“ Die erweiterten Kompetenzen, die in Bachelor- und Masterstudiengängen erworben werden, würden sowohl durch die immer komplexer werdenden Anforderungen in der Akut- und Langzeitpflege als auch in der zu stärkenden Primärversorgung dringend gebraucht.

„In der Primärversorgung werden wir in Zukunft auf Masterniveau ausgebildete Community Health Nurses brauchen: für nachhaltige Prävention, für die Begleitung pflegender Familien und zur Sicherung der medizinischen Grundversorgung vor allem im ländlichen Raum“, ergänzte DBfK-Bundesgeschäftsführerin Bernadette Klapper. Dafür müssten die Studiengänge ausgebaut und gefördert werden.

Annette Grüters-Kieslich sieht einen wesentlichen Grund für die Pflegekrise darin, dass Aus- und Weiterbildung vernachlässigt wurden. Investitionen in Pflegebildung und vor allem den Ausbau der Pflegestudiengänge seien daher auch notwendig, um

BundesverbandAlt-Moabit 91
10559 BerlinAnsprechpartnerin:
Anja Kathrin HildT +49 30 219 157 – 0
F +49 30 219 157 - 77dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN) und Gründungsmitglied des Deutschen Pflegerates (DPR).

dem Personalmangel wirksam entgegenzutreten. „Es ist unwahrscheinlich, dass die Attraktivität der Pflegeberufe ohne eine stärkere Akademisierung deutlich verbessert wird. In den Nachbarländern mit mehr akademisch ausgebildeten Pflegefachpersonen findet eine deutlich stärkere interprofessionelle Zusammenarbeit auf Augenhöhe statt. Das macht den Beruf auch für Interessierte mit Hochschulzugangsberechtigung attraktiver, die in Deutschland einen großen Teil der Schulabgänger:innen ausmachen.“

Neben dem Ausbau der Studiengänge komme es darauf an, dass die hochausgebildeten Pflegefachpersonen ihre Kompetenzen im beruflichen Alltag dann auch einsetzen dürfen. „Damit die Expertise der Profession Pflege wirklich zum Tragen kommen kann, müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehört, dass Pflegefachpersonen Heilkunde ausüben und eigenständig Pflegebedarfe feststellen dürfen. Dafür benötigen wir durchgehende Bildungswege von der Assistenz bis zur Professur, die Karrierewege eröffnen und so Kolleg:innen im Beruf halten und neue ansprechen“, sagte DBfK-Präsidentin Bienstein. Grüters-Kieslich ergänzte: „Es sind grundlegende Reformen notwendig, damit die Gesundheitsversorgung sichergestellt werden kann.“

In diese Reformprozesse müsse die Profession Pflege gleichberechtigt und gestaltend einbezogen werden. „Für diese grundlegenden Reformen brauchen wir Ihren Mut“, schloss Bienstein.